

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung 12 Pf. Bestellsgeb.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 15 Pf.] • Nr 142

FREITAG, 24. MÄRZ 1933

ABEND-AUSGABE

Strafverfahren gegen Gereke Das Regierungsprogramm

Nach der Reichstagsitzung verhaftet

Die Verhaftung des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke, die gestern abend unmittelbar nach der Reichstagsitzung erfolgte, hat begriffliches Aufsehen erregt. Dr. Gereke war noch gestern während der Programm-Erklärung des Kanzlers im Reichstag auf der Regierungsbank zu sehen, auf der er in der zweiten Reihe neben den andern Mitgliedern des Kabinetts Platz genommen hat. Seine Gestalt und seine Vernehmung durch den Leiter der Politischen Polizei gab zu der Vermutung Anlaß, daß es sich um eine Verhaftung aus politischen Gründen handele. Es wurden auch Zusammenhänge konträrter einerseits mit der Verhaftung des früheren Reichsministers Dr. S. E. r e m e s und der Vernehmung des früheren sozialdemokratischen Reichsinnenministers, Abgeordneten S e e v e r i n g.

Diese Zusammenhänge werden jetzt von amtlicher Seite bestritten. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß es sich um eine rein kriminelle Angelegenheit handle, um Untersuchungen in der Höhe von 1,2 Millionen Mark, die Dr. Gereke in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Deutschen Landgemeindetages während der letzten Jahre begangen habe. Die Anzeige, die zu der Verhaftung Anlaß gab, ist auch vom Landgemeindetag ausgegangen. Darüber teilt die Pressestelle des Preussischen Staatsministers folgendes mit:

„Gestern nachmittag sprachen Minister a. d. v. R e u d e l l und Ministerialrat g. D. S c h e l l e n, beide Vorstandmitglieder des deutschen Landgemeindetages, beim Vizelandtag v. o n P a p e n u und erklärten, daß Nachprüfungen ergeben haben, daß Dr. Gereke, der seinerzeit auf Veranlassung des früheren Reichskanzlers von Schleier zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden ist, seit dem Jahre 1924 Untersuchungen in Höhe von 1,2 Millionen Mark vorgenommen habe. Vizelandtag von Papen warde unversöhnlich und pflichtgemäß dem Herrn Reichskanzler davon Mitteilung, mit der Bitte, die notwendigen gefälligen Schritte einzuleiten.“

Der Reichstagsbericht von dem ihm gewordenen Mitteilungen dem Preussischen Minister des Innern, G ö r i n g, der seinerseits den Leiter der Politischen Polizei, Dr. D i e l s, mit den Ermittlungen und der Vernehmung des Reichskommissars Dr. Gereke beauftragte. Das Ergebnis der Vernehmung war die Verhaftung Dr. Gereskes, der nunmehr dem ordentlichen Untersuchungsrichter zugeführt wird.

Es geschieht wohl zum ersten Male in Deutschland, daß ein Mann, der sich in der hohen Stellung eines Reichskommissars befindet, unter der Verfolgung von Untersuchungen verhaftet worden ist. Daß immerwährendes Material vorliegen muß, ist außer Zweifel. Dr. jur. o. r. o. l. G i n s t e r Gereke steht im Alter von 40 Jahren. Er war Gerichtsschreiber und trat nach Ablegung des Examen zur Regierung in Potsdam über. Als Regierungsassessor war er mit der Verwaltung des Landratsamtes des Kreises Ost-Prignitz beauftragt. Am April 1919 wurde er mit 26 Jahren zum Landrat seines Heimatkreises Torgau gewählt. Als er drei Jahre später an die Regierung in Hannover versetzt wurde, nahm er seinen Abschied und widmete sich der Berufstätigkeit seines Outes in Preßler. Er wurde zum Vorsteher des Kreislandbundes Torgau und zum Bezirksvorsteher der hiesigen Landverbände der Provinz Sachsen gewählt. Der Zusammenschluß aller Landgemeinden in Preußen und im Reich zu einem einheitlichen kommunalen Vereinbündnis ist nicht zum geringsten sein Werk. Er wurde auch Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Bundes der Preussischen Landgemeinden. Eine Zeitung wickelte er auch als Dozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, an der er über Staats-, Verwaltungs- und Genossenschaftsrecht las. Von 1924 bis 1932 gehörte er dem Reichstage an. Zunächst als Mitglied der Deutschnationalen Fraktion. Zunächst er aus der Deutschnationalen Partei aus und trat zu der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei über, deren stellvertretender Vorsitzender er wurde.

Politisch hat Gereke eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Während der Regierung Papen befasste er sich das öffentliche Interesse durch das Projekt eines Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Gemeinden, mit dem sich auch die Regierung befahte, ohne daß es zu einer Reichsfinanzierung gekommen wäre. Reichstanger von Schleier zog Gereke als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zur anderen Ministerarbeit heran. Hitler beauftragte Dr. Gereke in seinem Amt. Unter dem ersten Anruf, den das Kabinettsmitglied an den deutsche Volk richtete, stand auch der Name Name Gereke. Als Kommissar war er nicht eigentlich Mitglied des Kabinetts und hatte kein Stimmrecht, wurde aber zu den Kabinetts-Sitzungen hinzugezogen.

Seine Festnahme erfolgte in seinem dienstlichen Arbeitszimmer. Nähere Angaben über den Umfang und die Art der ihm vorgenommenen Untersuchungen werden im Interesse des stehenden Verfahrens noch nicht gemacht. Bekanntgegeben wird nur, daß die Untersuchungen fortgesetzt seit neun Jahren begangen, und daß die Gelder angewendet nicht für politische, sondern auf für persönliche Gänge vermand worden seien.

Abberufung als Reichskommissar

In der Sitzung des Reichstagskabinetts, die heute vormittag stattfand, wurde auch der Fall Gereke erörtert. Wie das B. Z. E. anführt, wird die Abberufung Dr. Gereskes von seinem Posten als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung erfolgen.

Hitler wieder nach München

Reichstanger Hitler wird sich mit seiner näheren Umgebung heute mittag im Flugzeug nach München begeben. Der Reichstanger wird sich voraussichtlich bis Montag in der bayerischen Hauptstadt aufhalten.

Reichstags-Präsidium bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing heute das neuwahlsitz Präsidium des Reichstages, den Reichstagspräsidenten G ö r i n g und die Vizepräsidenten E i s e r, G r ä f -Z h i l i n g e n und J ö n e r.

★

Vorher ergriffen beim Reichspräsidenten der Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, R o g m a n n, der von dem hamburgischen Staatsrat H r e n s und dem Oe-Landtag Hamburgs in Berlin, C i f f e, begleitet war.

Termer empfang der Reichspräsident den deutschen Gesandten in Bern A o l f W i l l e r.

Die neue Amnestie-Verordnung verhängt

Die vom Reichskabinetts beschlossene neue Amnestie-Verordnung ist jetzt im Reichsgesetzblatt verhängt worden. Die Verordnung, die das Datum des 21. März 1933 trägt und die sich auf den Art. 46 Abs. 2 der Reichsverfassung gründet, gewährt Strafverzeihung für Straftaten, die im Kampfe für die nationale Erhebung, zu ihrer Vorbereitung, oder im Kampfe für die deutsche Sache begangen worden sind.

12 Jahre Buchthaus für Hing

Der aufsehenerregende Schwurgerichtsprozeß gegen den Bankier Wilhelm Hing wegen der Tötung seiner Gattin, der gezeigten Säugerin Gertrud Hindernagel, hat heute seinen Abschluß gefunden. Am 1½ Jahr verurteilt unter atemloser Spannung der Vorsteher, Landgerichtsdirektor T r u p p e n, das Urteil: Hing erhalte wegen Tötung seiner Gattin, des Totschlags, 12 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wird voll angerechnet. Hietellsbegründung siehe vierte Seite.

Die Rede, die Reichstanger Hitler gestern vor dem Reichstagsrat des 5. März hielt, ist die Programm-Erklärung der Reichsregierung, aber sie ist mehr. Sie dokumentiert in Ton und Gehörten die Staatsumwälzung, die wir erleben. Denn eine Staatsumwälzung erleben wir in der Zeit, wenn auch die legale Form dabei mitgehoben worden ist. Es ist der archaische Punkt gefunden worden, aus dem das gesamte bisherige „System“ aus den Angeln gezogen wird. Die Republik von Weimar ist beendet. Zu ewigen Gedächtnisbuch des deutschen Volkes wird eine neue Seite aufgeschlagen.

Der Mann, dessen Name über dem neuen Kapitel deutscher Geschichte steht, sprach gestern zu seinem Reichstag, dessen Wahl er durchgeführt hat. Volk und Welt konnten am Rundenpunkt zusehen. Nie zuvor ist eine Programm-Erklärung so Gutes, Großes, das die Programmatik des Führers, ohne so von Natur und Umständen begünstigt zu sein, auch den Nicht-Anhängern Achtung abgewinnt. Ueber die Gedächtnis-auffassung der nun abgeschlossenen Epoche, die immer wieder als einseitiger veränderlicher Zeitraum von vierzehn Jahren zusammengefaßt wird, zu rechten, hat gestern der Zentrumsvorredner K a a s ausdrücklich abgelehnt, anders als der Signatörer der Währungsgeheimnis, der nicht nur anbieten sollte, was er bisher verweigerte, sondern auch verweigern, das es bisher anbot. Mit dem Weggehen des Führers zu befristeten, wäre nur Form, um die Fehler zu studieren, die Untersuchungen zu erternen. Eine fruchtbringende Diskussion erachtet nicht möglich. Deshalb ist es besser, den Blick vorwärts zu wenden.

Als der Schlüssel zum Verständnis des Kanzler-Programms tritt das Verneinens zum Excessus als Gestalter und Führer der Völkergeschichte hervor. Von hier aus ergibt sich die Stellung zur Kunst, die nicht vollstimmig im leeren Raum hinstehen soll, sondern aus innerem Antrieb dem Zeitgeist gefolgt. Von hier aus die Orientierung in der großen Welt der Vergangenheit, deren Anwesenheit eine lebendige Kraftquelle sein soll. Das persönliche Weltbild soll das liberale Zeitalter ablösen. Wer von heute und viertausend Jahren sich Rechenschaft zu geben laßt, muß, daß in aller Geschichte die bewegenden Prinzipien abwechselt; er weiß aber auch, daß der völlige Bruch einer Entwicklung falsch ist. Aber, weil er die liberale Welt nicht ablehnt, sondern sie in dem Maß gewahrt hat, vernünftig, würde eine wertvolle Tradition beilegen. Namentlich der Gedanke des Rechtsstaates hat überzeitliche Wert. Die zoologischen Forschungen haben uns gelehrt, daß zwischen Wirtschaft und Recht eine Wechselbeziehung bestehen. So bradte die geistige Regierungserklärung neben der Zustimmung der Achtung des Privatigentums auch ein Wort über die Ansehbarkeit der Arbeiter. Die Gleichheit der Urteilshandlung, die in diesem Zusammenhang die Rede ist, kann auch im Rechtsstaat ihren Platz finden. Man weiß, wech weiten Spielraum die moderne Strafrechtswissenschaft dem richterlichen Ermessen einräumen will. Selbstverständlich kann der Richter nur nach dem Gesetz urteilen, und niemand wird wünschen, daß der Grundrah der Gleichheit vor dem Gesetz durchbrochen werde, vieler Grundrah, den König Friedrich einst verurteilt hat. Nur im Rechtsstaat bei der Entscheidung der ersten Boden. Sie muß auf Vertragstrogen und auf richterliche Vertragsprüfung rechnen können, ohne Ansehen der Person.

Ueber die wirtschaftliche und soziale Seite des Programms wird noch einiges zu sagen sein, ebenso wie über das Außenpolitische. Für das innere Staatsleben eröffnet das Programm an einigen Stellen neue Perspektiven. Eine trügerische Fernsicht allerdings wird verbannt, eine Million wird zerstückt in der Ablehnung der Restitutionsgebühren. Sie ist nicht grundrechtlich, kann es nicht sein bei der Programm-Erklärung eines Kabinetts, dem Deutschnationalen und Stahlheim angehört, und auch dem nationalsozialistischen Gebenragt würde eine grundrechtliche Ablehnung widersprechen. Aber die aus den Gestimmten begründete Ablehnung ist um so unumwunden, um so energiegelicher, und namentlich in der Kampfanleitung gegen jede paragrafenmäßige Restitutions auf eigene Faust durchzuführen. Der Gedanke der Reichseinheit steht überaus im Vordergrund. In der Tat ist für die seit langem ersehnte, notwendige Reichs-